

Holst, Elke; Schrooten, Mechthild

Article

Migration und Geld: Überweisungen aus Deutschland ins Heimatland erheblich

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Holst, Elke; Schrooten, Mechthild (2007) : Migration und Geld: Überweisungen aus Deutschland ins Heimatland erheblich, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 19, pp. 309-315

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151512>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Migration und Geld: Überweisungen aus Deutschland ins Heimatland erheblich

Elke Holst
eholst@diw.de

Mechthild
Schrooten
mschrooten@diw.de

Weltweit erreichen Überweisungen von Migranten in ihr Heimatland (Remittances) ein Ausmaß, das die offizielle Entwicklungshilfe übersteigt. Nach Angaben der Weltbank ist Deutschland mit mehr als 10 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004 eines der bedeutendsten Herkunftsländer. Aus der Sicht der Empfängerländer spielen Remittances häufig eine große gesamtwirtschaftliche Rolle.

Die Motive von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten, Geld in ihr Heimatland zu überweisen, wurden bislang nicht intensiv untersucht. Die vorliegende Studie auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass die Höhe der Remittances von persönlichen Merkmalen abhängt – z. B. vom Alter, der Ausbildung, dem Familienstand oder dem Erwerbsstatus. Eine starke eigene Verortung in Deutschland führt zu geringeren Zahlungen ins Heimatland. Das Haushaltseinkommen kann nur bedingt die Höhe der Remittances erklären. Nur Personen aus relativ einkommensstarken Haushalten überweisen statistisch signifikant mehr als die der niedrigsten Haushaltseinkommensgruppe. Unter Berücksichtigung verschiedener persönlicher Merkmale tätigten Migranten aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens besonders hohe Überweisungen ins Heimatland.

Zukünftig wird es darum gehen, die Rolle der Remittances zur Sicherung des ökonomischen Aufholprozesses in den Heimatländern der Migranten zu stärken. Damit könnten auch die positiven Aspekte der voranschreitenden Globalisierung für diese Länder an Bedeutung gewinnen. Dazu werden hier drei Ansatzpunkte vorgeschlagen.

Derzeit leben in Deutschland nach offiziellen Angaben 6,8 Mill. Ausländerinnen und Ausländer (Stand: 31.12.2006).¹ Mehr als zwei Drittel kommen aus Nicht-EU Staaten und sind seit zehn oder mehr Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.² Die wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei und das ehemalige Jugoslawien (Tabelle 1). Insgesamt überwiegt der Anteil der Männer leicht. Dagegen sind aus Russland und der Ukraine, aber auch aus Frankreich und Polen deutlich mehr Frauen als Männer nach Deutschland zugewandert (Tabelle 2). Höher als die Zahl der Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist die derer, die einen Migrationshintergrund haben.³

¹ Es handelt sich um die Zahlen der im Ausländerzentralregister erfassten Personen, www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab2.asp, 4. Mai 2007.

² Ausländische Bevölkerung in Deutschland nach Aufenthaltsdauer, www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab8.php, 4. Mai 2007.

³ Vgl. dazu auch die aktuelle Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1, Reihe 2.2–2005.

Nr. 19/2007

74. Jahrgang/9. Mai 2007

Inhalt

Migration und Geld:
Überweisungen aus Deutschland
ins Heimatland erheblich
Seite **309**

Tabelle 1

Ausländische Bevölkerung in Deutschland am 31.12.2006

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Im Ausland	In Deutschland
		geboren	
Europa	5 375 126	4 165 034	1 210 092
EU-Staaten	2 183 365	1 779 666	403 699
Belgien	22 365	19 321	3 044
Dänemark	18 502	17 136	1 366
Estland	3 970	3 779	191
Finnland	13 175	12 530	645
Frankreich	104 085	93 604	10 481
Griechenland	303 761	219 703	84 058
Irland	10 093	9 405	688
Italien	534 657	374 513	160 144
Lettland	9 775	9 351	424
Litauen	19 030	18 513	517
Luxemburg	8 643	7 756	887
Malta	379	366	13
Niederlande	123 466	90 764	32 702
Österreich	175 653	149 511	26 142
Polen	361 696	347 769	13 927
Portugal	115 028	91 651	23 377
Schweden	16 919	15 795	1 124
Slowakei	23 835	23 202	633
Slowenien	21 109	17 040	4 069
Spanien	106 819	80 356	26 463
Tschechien	33 316	32 345	971
Ungarn	52 347	50 412	1 935
Vereinigtes Königreich	96 507	87 095	9 412
Zypern	846	793	53
Sonstiges Europa	3 191 761	2 385 368	806 393
Bosnien und Herzegowina	157 094	129 945	27 149
Bulgarien	39 053	38 085	968
Island	1 254	1 150	104
Kroatien	227 510	178 074	49 436
Liechtenstein	201	163	38
Montenegro ¹	62 295	49 032	13 263
Mazedonien	982	702	280
Norwegen	6 327	5 924	403
Rumänien	73 353	71 193	2 160
Russische Föderation	187 514	181 826	5 688
Schweiz	36 962	30 205	6 757
Serbien ¹	33 774	25 549	8 225
Ehemaliges Serbien und Montenegro ¹	282 067	218 333	63 734
Türkei	1 738 831	1 149 384	589 447
Afrika	272 376	235 117	37 259
Nordafrika	120 665	102 009	18 656
Marokko	69 926	57 307	12 619
Westafrika	68 558	60 652	7 906
Zentralafrika	31 322	26 268	5 054
Ostafrika	34 463	31 189	3 274
Südliches Afrika	16 443	14 099	2 344
Amerika	213 069	204 147	8 922
Nordamerika	112 437	105 636	6 801
Vereinigte Staaten	99 265	93 143	6 122
Mittelamerika und Karibik	29 413	28 844	569
Südamerika	71 189	69 640	1 549
Asien	819 623	732 359	87 264
Vorderasien	262 320	225 459	36 861
Irak	73 561	62 479	11 082
Iran	58 707	54 110	4 597
Süd- und Südostasien	285 048	251 227	33 821
Vietnam	83 076	65 109	17 967
Ost- und Zentralasien	269 226	252 983	16 243
Afghanistan	52 162	44 955	7 207
China	75 733	72 362	3 371
Taiwan	4 706	4 494	212
Australien und Ozeanien	10 832	10 361	471
Sonstige Ausprägungen	59 976	39 550	20 426
Insgesamt	6 751 002	5 386 568	1 364 434
<i>Nachrichtlich:</i>			
Gebiet des ehemaligen Jugoslawien	949 937	753 116	196 821
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	505 624	487 515	18 109

¹ Seit August 2006 werden neben der Staatsangehörigkeit Serbien und Montenegro auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten Serbien bzw. Montenegro nachgewiesen.

Quelle: Ausländerzentralregister.

DIW Berlin 2007

Aus Sicht der Heimatländer sind Remittances zusätzliche Einkommensquelle

Remittances, also Überweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer, haben teilweise eine erhebliche Bedeutung für die Einkommenssituation von Angehörigen und Freunden in den Herkunftsländern.⁴ Die Erwartung, dass nach der Migration Überweisungen getätigt werden, dürfte eine der treibenden Kräfte internationaler Migrationströme sein. Die von der Weltbank erfassten Remittances aus Deutschland lagen im Jahr 2004 bei über 10 Mrd. US-Dollar.⁵ Damit ist Deutschland im internationalen Vergleich eines der bedeutendsten Herkunftsländer dieser grenzüberschreitenden Geldtransfers.⁶

In Bosnien und Herzegowina erreichten Remittances im Jahr 2004 einen Anteil von mehr als 21 % des Bruttoinlandsprodukts; in Serbien und Montenegro einen von mehr als 17 %. Diese beiden Länder nehmen auch im internationalen Vergleich Spitzenpositionen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Remittances ein.⁷ Für Polen liegt der Vergleichswert nur bei gut 1 % des Bruttoinlandsprodukts; in der Türkei ist dieser Anteilswert noch deutlich geringer. Die Bedeutung der Überweisungen der Migranten für eine Volkswirtschaft lässt sich auch am Verhältnis zu den Exporten zeigen; hier wird ebenfalls die große Bedeutung der Remittances für Bosnien und Herzegowina deutlich (Tabelle 3).

Es ist davon auszugehen, dass die offizielle Statistik diese grenzüberschreitenden Zahlungen eher unterschätzt. Denn zum einen sind mit dem internationalen Zahlungsverkehr erhebliche Transaktionskosten verbunden, die durch Bargeldtransfers umgangen werden können.⁸ Zum anderen gelten

⁴ The Worldbank: Global Economic Prospects. Economic Implications of Remittances and Migration. Washington DC 2006.

⁵ Vgl. The Worldbank: Financial Development Indicators. 2006. Allerdings werden Remittances unterschiedlich abgegrenzt; so weist der Internationale Währungsfond in der Zahlungsbilanzstatistik unter Berücksichtigung von „Compensation of Employees“ eine höhere Summe aus. In einer engen Abgrenzung, die nur Erwerbseinkommen aus unselbstständiger Arbeit erfasst, werden in der deutschen Zahlungsbilanzstatistik für das Jahr 2004 gut 6 Mrd. Euro ausgewiesen.

⁶ Ebenda.

⁷ Vgl. auch Schrooten, M.: Bringing Home the Money. What Determines Workers' Remittances to Transition Countries. Hitotsubashi University, Institute of Economic Research, Discussion Paper Series A, No. 466, Tokyo 2005.

⁸ Die von den Intermediären (unter anderem Banken) veranschlagten Überweisungskosten, die sich vielfach aus mehreren Komponenten wie der Überweisungsgebühr und besonderen, bei der Überweisung zugrunde gelegten Wechselkursen zusammensetzen, sind oftmals schwer zu bestimmen und zu vergleichen. So berechnet beispielsweise einer der Marktführer für internationale Geldüberweisungen, Western Union, eine Gebühr von 8,50 Euro für eine Überweisung von bis zu 40 Euro. Die Gebühr steigt mit dem Überweisungsbetrag schrittweise an. Zu den Details siehe: www.reisebank.de/sixcms/detail.php?id=1036&_lang=de. Allerdings gelten nach telefonischer Auskunft für einzelne Länder besondere Regelungen. In einigen Ländern wird der Überweisungsbetrag nicht in Euro, sondern in der Landeswährung bzw. in US-Dollar ausbezahlt.

die Finanzsysteme in zahlreichen Heimatländern der Migranten als fragil – dies betrifft nicht zuletzt einige Staaten des ehemaligen Jugoslawien, aber auch für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Folglich sind die Anreize einer Überweisung unter Inanspruchnahme eines Finanzintermediärs nicht sehr groß. Insgesamt dürften diese Faktoren dazu führen, dass vielfach persönliche Kontakte für die Überbringung von Geld genutzt werden.

Determinanten der Höhe von Remittances

Trotz beträchtlicher Geldüberweisungen von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten ins Ausland wurden die Determinanten dieser Zahlungen bislang nur selten untersucht. Die wichtigsten Studien datieren zudem aus den 90er Jahren;⁹ seitdem haben sich die Rahmenbedingungen für eine Migration nach Deutschland zum Beispiel durch den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa, den Bürgerkrieg in Jugoslawien, aber auch die EU-Osterweiterung verändert.¹⁰ Zudem wurden rechtliche Veränderungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft eingeführt. Daher ist es inzwischen sinnvoll, dass sich Migrationsstudien nicht allein auf Ausländer, sondern vielmehr auf den größeren Kreis der Menschen mit persönlicher Migrationserfahrung beziehen.¹¹ Als solche (Migranten) gelten hier Ausländer sowie Deutsche, die zuvor eine andere Staatsbürgerschaft besaßen. Die vorliegende Studie¹² basiert auf Daten der Haushaltsbefragung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt wird.¹³ Hier finden sich Angaben, die es ermöglichen, die Gruppe der Menschen mit persönlicher Migrationserfahrung zu identifizieren.¹⁴

Folgende Gruppen mit persönlicher Migrationserfahrung werden nachfolgend unterschieden:

- Türkische Staatsangehörige,
- Staatsangehörige aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens,
- sonstige Nicht-Deutsche (Referenzgruppe),
- Eingebürgerte und
- (Spät-) Aussiedler.

Am relativ häufigsten tätigen Personen aus dem früheren Jugoslawien Remittances (23 %), am geringsten ist der Anteil unter den Staatsangehörigen der Türkei (13 %) (Tabelle 4).

In Anlehnung an die existierende Literatur werden Remittances als von Migranten geleistete Zahlungen und Unterstützungsleistungen an im Ausland lebende Verwandte und sonstige Personen definiert. Die zentrale Frage lautet: Was sind die Determinanten für die Höhe der Überweisungen in das Heimatland?

Tabelle 2

Ausländische Bevölkerung ausgewählter Herkunftsländer in Deutschland am 31.12.2006 nach dem Geschlecht

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männer	Frauen	Anteil der Frauen in %
Türkei	1 738 831	920 861	817 970	47,0
Italien	534 657	315 432	219 225	41,0
Polen	361 696	175 275	186 421	51,5
Serbien und Montenegro ¹	316 823	165 910	150 913	47,6
Griechenland	303 761	165 159	138 602	45,6
Kroatien	227 510	111 826	115 684	50,8
Russische Föderation	187 514	75 327	112 187	59,8
Österreich	175 653	93 182	82 471	47,0
Bosnien und Herzegowina	157 094	81 222	75 872	48,3
Ukraine	128 950	50 556	78 394	60,8
Niederlande	123 466	67 637	55 829	45,2
Portugal	115 028	62 603	52 425	45,6
Spanien	106 819	53 343	53 476	50,1
Frankreich	104 085	48 090	55 995	53,8
Vereinigte Staaten	99 265	56 639	42 626	42,9
Vereinigtes Königreich	96 507	58 433	38 074	39,5
Vietnam	83 076	40 830	42 246	50,9
China	75 733	39 710	36 023	47,6

¹ Einschließlich Personen mit den Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten Serbien bzw. Montenegro.

Quellen: Ausländerzentralregister; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

⁹ Vgl. Merkle, L., Zimmermann, K.F.: Savings, Remittances, and Return Migration. In: Economics Letter, 38, 1992, 77–81. Oser, U.: Remittances of Guest Workers to their Home Countries: An Econometric Analysis. Diskussionspapier der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik an der Universität Konstanz Nr. 25, Konstanz 1995. Diese Studien basieren auch auf der hier verwendeten Längsschnittstudie des SOEP; sie konzentrieren sich auf die Analyse der Rücküberweisungen von Ausländern in den 80er und 90er Jahren und kommen im Wesentlichen zu dem Ergebnis, dass die Höhe der Remittances nennenswert von den Rückkehrplänen der Migrantinnen und Migranten bestimmt wird.

¹⁰ Der Vertrag von Amsterdam, der 1999 unterzeichnet wurde, machte die Einwanderungspolitik zu einem gemeinsamen, europäischen, politischen Handlungsfeld der EU. Der Gipfel der Europäischen Rats von Tampere/Finnland im Jahr 1999 stellte darüber hinaus neue Weichen für die gemeinsame Migrationspolitik. „Die Staats- und Regierungschefs entwarfen in ihren Schlussfolgerungen ein ambitioniertes Programm, das vorsah, ein gemeinsames Asylsystem der EU zu schaffen und auch die Migrationspolitik zu vergemeinschaften. In der Folge wurden bis zum Jahr 2004 tatsächlich zahlreiche Richtlinien zur EU-Migrations- und, vor allem, zur Asylpolitik verabschiedet, die bis zu einer jeweils in den Richtlinien festgelegten Frist durch nationale Gesetze der Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen. Von der schwierigen und umstrittenen Frage, wer als Flüchtling gelten kann, bis hin zu den Rechten derjenigen Zuwanderer, die schon lange Zeit in der EU leben, haben wir nun einheitliche europäische Leitlinien. Die Europäische Union verfügt über eine Übersicht über die bisher verabschiedeten europäischen Regelungen, das so genannte Scoreboard.“ Siehe www.bpb.de/themen/812ACX,0,0,Dritte_Phase%3A_Migrationspolitik_als_echte_Gemeinschaftsaufgabe_%28seit_1999%29.html.

¹¹ Zu den Möglichkeiten der Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund im SOEP siehe auch Tucci, I.: Was ist ein Immigrant? Theoretische Überlegungen und methodische Anmerkungen für Analysen mit Bezug zu Migration mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Konferenzband zum DGS-Jahreskongress in Kassel, 9.–13. Oktober 2006, im Erscheinen; und Frick, J.R., Tucci, I.: Analysen mit Bezug zu „Migration und Gesundheit“ auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In: Robert Koch Institut (Hrsg.): Migrations-sensible Studiendesigns zur Repräsentation des Migrationsstatus in der Gesundheitsforschung. Berlin 2005, 49–54.

¹² Eine ausführliche Darstellung und Diskussion der Ergebnisse findet sich in Holst, E., Schrooten, M.: Migration and Money – What Determines Remittances? Evidence from Germany. DIW Berlin Discussion Papers No. 566/2006.

¹³ Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Holst, E., Lillard, D.R., DiPrete, T.A. (Hrsg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1, DIW Berlin 2002, 7–14.

¹⁴ Im SOEP stehen Informationen sowohl zur aktuellen Staatsangehörigkeit der Befragten als auch zum Erwerb der deutschen Staatsan-

Tabelle 3

Internationale Remittances in ausgewählten Empfängerländern 2004

	Remittances		Nachrichtlich: Internationale Hilfsprogramme	Remittances bezogen auf	
	Insgesamt	Je Kopf der Bevölkerung		das Brutto- inlandsprodukt	die Exporte
	In Mrd. US-Dollar	In US-Dollar		In %	
Bosnien und Herzegowina	1,82	466,56	171,63	21,4	62,6
China	21,28	16,42	1,28	1,1	3,2
Griechenland	1,24	112,33	x	0,6	2,5
Kroatien	1,22	275,08	27,20	3,6	6,9
Polen	2,71	70,98	39,94	1,1	2,8
Portugal	3,21	305,85	x	1,9	6,2
Russland	2,67	18,55	9,13	0,5	1,3
Serbien und Montenegro	4,13	506,82	143,63	17,2	–
Türkei	0,80	11,21	3,58	0,3	0,9
Ukraine	0,41	8,66	7,59	0,6	1,0
Vietnam	3,20	38,95	22,28	7,1	10,6

Quellen: The Worldbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Im Mittelpunkt der hier vorgenommenen Untersuchung stehen die zuvor beschriebenen Personen mit persönlichen Migrationserfahrungen. Von ihnen wird die Gruppe der Ausländer nochmals gesondert betrachtet. Analysiert werden die SOEP-Daten aus der Befragung des Jahres 2004.¹⁵ Von jenen, die Geld überwiesen, wurde ein Durchschnittsbetrag von 2 100 Euro (Median 1 000 Euro) in das jeweilige Heimatland transferiert.

Die mikroökonomische Theorie bietet vor allem drei Erklärungsmuster für die Höhe der Remittances: Altruismus, intra-familiäre Verträge und Versicherungen sowie Investitionstätigkeit im Heimatland.¹⁶ Empirisch lassen sich die aus der Theorie abgeleiteten Hypothesen allerdings nur schwer gegeneinander abgrenzen.¹⁷ Faktisch dürften eine Vielzahl von Faktoren die Höhe der Überweisungen in das Heimatland bestimmen, dazu gehören auch persönliche Merkmale von Migrantinnen und Migranten. Letztendlich ist es eine Aufgabe der empirischen Forschung, hier einen Erklärungsbeitrag zu liefern. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion werden folgende erklärende Variablen für die Höhe der Remittances herangezogen:

Alter: Es wird davon ausgegangen, dass die Überweisungen zunächst mit dem Alter zunehmen und dann wieder schwächer werden.¹⁸ Ältere, die sich schon länger in Deutschland aufhalten und über die Zeit eine größere persönliche Distanz zu den Empfängern der Überweisungen entwickelt haben, dürften weniger Geld überweisen.

Familienstand: Häufig leben die Partner und/oder Kinder von verheirateten Migranten weiterhin im Heimatland. Daher ist anzunehmen, dass der Familienstand „verheiratet“ einen positiven Einfluss auf die Höhe der Remittances hat.

Geschlecht: Neuere Studien zeigen, dass Frauen weniger Geld überweisen als Männer.¹⁹ Um den

gehörigkeit zur Verfügung (seit Geburt oder später erworben). In die Abgrenzung geht die Herkunft der Eltern nicht mit ein.

¹⁵ Die Frage zur Ermittlung der Remittances und ihrer Empfänger lautet: „Haben Sie persönlich im letzten Jahr, also im Jahr 2003, Zahlungen oder Unterstützungen an Verwandte oder sonstige Personen außerhalb dieses Haushalts geleistet? Wie hoch war der Betrag im Jahr etwa? Wo lebt der Empfänger?“ Frage Nr. 143, www.diw.de/deutsch/sop/service/fragen/fr2004/personen_2004.pdf.

¹⁶ Vgl. Stark, O.: Altruism and Beyond. MIT Press, Cambridge MA 1995; Stark, O., Wang, Y. Q.: Migration Dynamics. Economic Letters, 76 (2), 2002, 159–164; Rapoport, H., Docquier, F.: The Economics of Migrants' Remittances. IZA Discussion paper 1531, 2005; Rosenzweig, M. R.: Risk, Private Information, and the Family. American Economic Review – Papers and Proceedings, 78 (2), 1988, 245–250. Poirine, B.: A Theory of Remittances as an Implicit Family Loan Arrangement. World Development, 25 (4), 1997, 589–611.

¹⁷ So nimmt zum Beispiel der Umfang der Remittances mit steigendem Einkommen der Migranten sowohl im Modell der auf Altruismus basierenden als auch im Modell der aus investiven Gründen getätigten Überweisung zu. Vgl. Rapoport, H., Docquier, F., a. a. O., 39.

¹⁸ Derartige Ergebnisse lassen sich in zahlreichen empirischen Studien finden. Sie werden üblicherweise damit erklärt, dass mit dem zunehmenden Lebensalter die Bindung an das Heimatland abnimmt.

¹⁹ Vgl. für Deutschland z. B. Merkle, L., Zimmermann, K. F., a. a. O. In der ersten bahnbrechenden Studie zu Remittances haben Lucas/Stark herausgearbeitet, dass Frauen unter sonst gleichen Bedingungen höhere Remittances tätigen als Männer. Diese Studie stellte das Entwicklungsland Botswana in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Vgl. Lucas, R. E. B., Stark, O.: Motivations to Remit: Evidence from Botswana. Journal of Political Economy, 93, 1985, 901–918.

Tabelle 4

**Remittances Leistende in einzelnen
Zuwanderungsgruppen in Deutschland**
 Anteile in %

Türkische Staatsangehörige	13
Staatsangehörige der Nachfolgestaaten Jugoslawiens	23
Sonstige Nicht-Deutsche	17
(Spät-) Aussiedler	19
Eingebürgerte	18
Durchschnitt	18

Quellen: SOEP 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

geschlechtsspezifischen Effekt im Überweisungsverhalten zu erfassen, wurde eine entsprechende Variable in die Schätzung aufgenommen.

Ausbildung: Hier werden die Bildungsjahre der Migranten berücksichtigt. Es wird angenommen, dass mit einer besseren Ausbildung mehr überwiesen wird.

Haushaltseinkommen: In die Schätzung geht das in vier Einkommensgruppen aufgeteilte bedarfsgewichtete monatliche Netto-Haushaltseinkommen ein.²⁰ Die unterste Einkommensgruppe (bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen von unter 900 Euro) bildet die Referenzkategorie. Mit höherem Haushaltseinkommen werden höhere Remittances vermutet.²¹

Der Bezug von Sozialhilfeleistungen – wenigstens für einen Monat – könnte das Remittances-Verhalten beeinflussen. Es wird davon ausgegangen, dass er negativ auf die Überweisungshöhe wirkt.

Erwerbsstatus: Der Effekt der eigenen Erwerbs-situation auf die Höhe der Überweisungen wird ebenfalls untersucht. Es wird erwartet, dass die eigene Erwerbstätigkeit einen positiven Einfluss auf die Höhe der Remittances hat, denn mit ihr steigt wohl auch die Verfügungsgewalt über die Finanzen.

Zuwanderungsgruppe: Hier wurde untersucht, ob die in Deutschland zahlenmäßig bedeutsame Gruppe der Staatsangehörigen aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie (Spät-) Aussiedler und Eingebürgerte ein spezifisches Remittances-Verhalten im Vergleich zu den sonstigen hier lebenden Ausländern (Referenzgruppe) aufweisen.

Nicht nur die *Haushaltsgröße* in Deutschland, sondern auch das Vorhandensein von *Wohneigentum* in Deutschland geben Anhaltspunkte für die eigene geographische Verortung von Migrantinnen und Migranten. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass eine stärkere Verlagerung des Lebensmittelpunktes nach Deutschland, die sich etwa im Erwerb von Wohneigentum spiegelt, die Höhe der Remittances negativ beeinflusst.

Im SOEP wurden zudem Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit nach ihren *Rückkehrplänen* befragt.²² Hier wird angenommen, dass ein negativer Zusammenhang zwischen dem Plan in Deutschland zu bleiben und der Höhe der Remittances besteht.

Ergebnisse

Untersucht wurden sowohl die Determinanten der Höhe von Überweisungen der Menschen mit persönlicher Migrationserfahrung insgesamt als auch

Tabelle 5

Determinanten für die Höhe der Remittances Tobit-Koeffizienten

	Migranten	Ausländer
Alter (in Jahren)	212***	327**
Alter (zum Quadrat)	-1,955***	-3,378**
Frau	-526*	-276
Verheiratet	1 453***	2 559***
Ausbildung (in Jahren)	207***	196**
Erwerbstätig	962***	1 588***
Sozialhilfebezug	-1 166	-1 665
Bedarfsgewichtetes Netto-Haushaltseinkommen (Referenz: weniger als 900 Euro)		
900 bis unter 1 200 Euro	346	859
1 200 bis unter 1 600 Euro	754*	529
1 600 Euro und mehr	1 188**	1 753**
Zuwanderungsgruppe (Referenz: sonstige Nicht-Deutsche)		
Türkische Staatsangehörige	791*	1 132*
Staatsangehörige der Nachfolgestaaten Jugoslawiens	2 090***	2 509***
Eingebürgerte	264	x
(Spät-) Aussiedler	633	x
Haushaltsgröße	-261**	-696***
Wohneigentum in Deutschland	-642**	-676
Dauerhafte Bleibeabsicht	x	598
Konstante	-13 846***	-18 369***
Fallzahl	2 602	1 433
Log Likelihood	-3 018	-1 663
PseudoR ²	0,02	0,03

Für imputierte Werte kontrolliert; *** = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 %, ** = signifikant bei 5 %, * = signifikant bei 10 %.

Quellen: SOEP 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

die der enger abgegrenzten Gruppe der Ausländer (Tabelle 5).²³

Für beide Gruppen zeigt sich, dass die Höhe der Überweisungen ins Ausland signifikant von zahlreichen Persönlichkeitsmerkmalen, wie dem Alter, dem

²⁰ Dies ermöglicht den Vergleich der Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Altersstruktur. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1, jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und jedes Kind ein Gewicht von 0,3. Addiert ergeben diese Faktoren für eine vierköpfige Familie, die aus zwei Kindern und zwei Erwachsenen besteht, einen Wert von 2,1. Durch diesen wird nun das Nettoeinkommen des Haushaltes dividiert; der dann zur Verfügung stehende Wert ist eine Pro-Kopf-Größe. Das monatliche Haushaltseinkommen wurde über das Netto-Jahreseinkommen der Befragten ermittelt, das sämtliche Einkommensbestandteile, also zum Beispiel auch Sonderzahlungen, Dividenden und Zinseinkünfte sowie Mieteinnahmen enthält. Im Falle fehlender Angaben beim Haushaltseinkommen wurden die im SOEP-Datensatz bereitgestellten imputierten Werte verwendet. In der Schätzung wurde dafür kontrolliert. Vgl. zur Methode Frick, J., Grabka, M.: Item-non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on the Income Distribution. In: Allgemeines Statistisches Archiv (ASTA), 89, 2005, 49–61.

²¹ Dies gilt sowohl für Modelle, die Remittances auf Altruismus, Tauschgeschäfte, Erbschaft, strategische Motive der Migrantinnen und Migranten zurückführen, als auch für Modelle, die das Investitionsmotiv betonen. Allein die Klasse von Modellen, die das intra-familiäre Versicherungsprinzip in den Mittelpunkt stellt, macht keine Aussagen über den Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Höhe der Remittances.

²² Die Frage lautet: „Möchten Sie für immer in Deutschland bleiben?“ Ja/nein.

²³ Da nicht alle Migrantinnen und Migranten Rücküberweisungen tätigen, enthält der Datensatz zahlreiche Nullen. Um mit diesem Problem methodisch korrekt umzugehen, wurde ein Tobit-Modell geschätzt.

Familienstand und der Ausbildung abhängt. So lässt sich erkennen, dass der Zusammenhang zwischen Alter und Höhe der Remittances wie erwartet nicht linear ist. Bis zu einem Lebensalter von etwa 54 Jahren (Migranten) bzw. 49 Jahren (Ausländer) nimmt sie zu, danach wieder ab. Verheiratete überweisen mehr als Unverheiratete, und mit der Dauer der Ausbildung steigt auch die Überweisungssumme. Das Geschlecht spielt nur bei der Gruppe der Migranten eine Rolle; Frauen überweisen hier weniger als Männer. In der Gruppe der Ausländer lässt sich ein solcher Effekt nicht signifikant nachweisen.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit wirkt sich in beiden Gruppen positiv auf die Höhe der Überweisung aus. Unterschiede finden sich in Bezug auf die Bedeutung des bedarfsgewichteten monatlichen Netto-Haushaltseinkommens. Offenbar überweisen Migranten in Haushalten mit relativ geringen Haushaltseinkommen nicht signifikant weniger als jene in Haushalten mit mittleren Haushaltseinkommen. Erst bei einem relativ hohen bedarfsgewichteten monatlichen Netto-Haushaltseinkommen steigt die Überweisungssumme signifikant.

Staatsangehörige aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und türkische Staatsangehörige überweisen signifikant mehr als andere. Dieses Ergebnis deckt sich teilweise mit dem der Studien aus den 90er Jahren, wonach türkische Staatsbürger höhere Remittances leisteten. Im Falle der Staatsangehörigen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien dürfte dies allerdings auch darauf zurückzuführen sein, dass im Heimatland nach dem Bürgerkrieg in besonderem Maße Aufbau- und Investitionstätigkeit notwendig wurden. Die Größe des geschätzten Koeffizienten zeigt, dass – unter Berücksichtigung der weiteren aufgeführten Merkmale – diese Personengruppe deutlich größere Zahlungen als andere tätigt. Dem entspricht auch, dass die Nachfolgestaaten Jugoslawiens heute gesamtwirtschaftlich stark von den Remittances der Migranten und Migrantinnen abhängen. Eingebürgerte und (Spät-) Aussiedler unterschieden sich in der Höhe ihrer Überweisungen nicht signifikant von der Referenzgruppe der sonstigen Nicht-Deutschen.

Eine wichtige Rolle bei der Zahlung von Remittances spielt offenbar die geographische Verortung der eigenen Person und Familie. Dabei zeigt sich: Mit zunehmender Haushaltsgröße in Deutschland – unabhängig vom Einkommen – sinkt die Überweisungssumme. Bei den Migranten geht das Vorhandensein von Wohneigentum in Deutschland mit geringeren Transferleistungen ins Ausland einher. Der Plan, für immer in Deutschland zu bleiben, hat bei den Ausländerinnen und Ausländern dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Remittances.

Fazit

Arbeitsmigration wird üblicherweise durch das Vorhandensein eines Lohngefälles zwischen zwei Wirtschaftsräumen erklärt. Die Transfers der Migranten in ihre Heimatländer werden in der ökonomischen Theorie aber mit unterschiedlichen Erklärungsansätzen begründet. Demnach reichen die Motive von Altruismus, über Investitionen bis zum Vorhandensein informeller intra-familärer Kontrakte. Die letzteren dienen der intra-familären Versicherung und Finanzierung; dies ist gerade in Volkswirtschaften mit einem fragilen Finanzsektor von Bedeutung.

Die Tatsache, dass Migranten Teile ihres Einkommens in ihre Heimatländer überweisen, deutet an sich schon auf eine persönliche Verbundenheit mit dem Herkunftsland hin. Die empirischen Ergebnisse lassen darauf schließen, dass in der Praxis die Höhe der Remittances von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten von einer Vielzahl, oftmals persönlicher Faktoren abhängt. Dabei kommt der geographischen Verortung der eigenen Person bzw. der Familie offenbar eine wichtige Bedeutung zu. Das Haushaltseinkommen kann nur bedingt die Höhe der Remittances erklären. Erst bei einem relativ hohen bedarfsgewichteten monatlichen Netto-Haushaltseinkommen steigt die Überweisungssumme signifikant. Hinzu kommt, dass sich die Gruppe der Menschen mit persönlicher Migrationserfahrung keineswegs homogen darstellt. Vielmehr zeigt sich, dass Menschen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens signifikant mehr überweisen als andere.

Aus der Sicht einiger Heimatländer der Migranten sind Remittances auch gesamtwirtschaftlich ein bedeutsamer Faktor. Dabei ist davon auszugehen, dass von ihnen insbesondere dann ein positiver Impuls für die gesamtwirtschaftliche Dynamik ausgeht, wenn sie investiv verwandt werden. Remittances aus Deutschland könnten in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion zur Sicherung des ökonomischen Aufholprozesses in einigen Ländern übernehmen. Damit würden sie auch die positiven Aspekte der voranschreitenden Globalisierung verstärken. Hier bieten sich gerade vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft drei Ansatzpunkte an, die letztendlich auf die effiziente Verwendung der auf Migranten zurückgehenden Finanzressourcen zielen:

1. Verringerung der Transaktionskosten im internationalen Zahlungsverkehr

Zur Senkung der Transaktions- und Informationskosten im Finanzsektor könnte die internationale Harmonisierung der Regulierung grenzüberschreitender Zahlungsströme beitragen. Von der Über-

nahme internationaler Standards kann in den Empfängerländern auch eine positive Wirkung auf die Stabilität ihres nationalen Finanzsektors ausgehen. Geringere Transaktionskosten dürften den Anteil der über die Finanzintermediäre abgewickelten Remittances und damit auch den Anteil der offiziell erfassten Transaktionen ansteigen lassen – was nicht zuletzt auch die Datenlage für Politikempfehlungen verbessern würde.

2. Verbindliche Zuwanderungspolitik

Angesichts der demographischen Entwicklung ist unstrittig, dass Deutschland auf Zuwanderung angewiesen ist. Bei der rechtlichen Ausgestaltung der Zuwanderungspolitik sind einerseits Vorgaben der EU zu beachten, andererseits ist zu berücksichtigen, dass sich Deutschland in einer Konkurrenzsituation mit anderen Industrieländern befindet.²⁴ Dabei ist auch zwischen der temporären und der dauerhaften Zuwanderung zu unterscheiden. Kurzfristige Migration dürfte an sich auf den Transfer von Finanzressourcen in das Heimatland zielen. Damit Migranten auch bei langfristiger, dauerhafter Migration ihre Finanzressourcen effizient einsetzen können, sind klare Migrationsperspektiven und damit eine verbindliche Zuwanderungspolitik notwendig. Dies gilt ins erster Linie für Nicht-EU Bürger, die einen großen Teil der Ausländer ausmachen.

3. Internationale Kooperation stärken

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde die besondere Bedeutung der Entwicklungspolitik für die weltwirtschaftliche Stabilität betont. Remittances haben in etlichen Heimatländern der Migranten ein größeres Finanzvolumen als offizielle Hilfsprogramme. Vor diesem Hintergrund könnten Remittances, gerade bei investiver Verwendung, einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung des ökonomischen Aufholprozesses leisten. Sie gelten als ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung. Die Entscheidung, Remittances investiv zu verwenden, ist indes auch stark von den Rahmenbedingungen in den Heimatländern der Migrantinnen und Migranten abhängig. Die EU könnte diesen Ländern, die vielfach mit dem Phänomen der nachholenden Entwicklung konfrontiert sind, technische Hilfe zur Entwicklung und Durchsetzung stabiler Investitionsbedingungen anbieten. Solche Hilfeleistungen könnten letztendlich auch einen Beitrag dazu leisten, dass Remittances effizient verwendet werden und somit internationale Migration und Integration nachhaltig unterstützen.

²⁴ Zimmermann, K. F., Hinte, H.: Zuwanderung und Arbeitsmarkt: Deutschland und Dänemark im Vergleich. Berlin, Heidelberg, New York 2005; sowie Zimmermann, K. F., Bonin, H., Fahr, R., Hinte, H.: Immigration Policy and the Labor Market. The German Experience and Lessons for Europe. Berlin, Heidelberg, New York 2007.

JEL Classification:
F24, J61, F30

Keywords:
Remittances,
Immigrant workers,
Financial aspects of
international integration



Das Sozio-
oekonomische
Panel

Das SOEP ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2006 fast 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen.

Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit.

Der SOEP-Datensatz wird an universitäre Forschungseinrichtungen im In- und Ausland für Forschung und Lehre im SPSS-, SAS- und Stata-Format weitergegeben. Umfangreiches Dokumentationsmaterial steht in deutscher und englischer Sprache auch online zur Verfügung.

Zudem ist der SOEP-Datensatz die Grundlage der Zahlen für Deutschland in verschiedenen international vergleichenden Studien wie z. B. dem europäischen Haushaltspanel ECHP (1994–2001) und dem Cross National Equivalent File CNEF mit analogen Daten für die USA, Großbritannien, Kanada und Australien.

Mit Beginn des Jahres 2007 startete die Reihe „SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research“ am DIW Berlin. In dieser Reihe erscheinen Forschungsergebnisse, die entweder die Mikro-Daten der Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) direkt oder als Teil eines internationalen, vergleichenden Datensatzes (z. B. CNEF, ECHP, LIS, LWS, CHER/PACO) nutzen. Die meisten Ergebnisse des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen SOEP werden außerhalb des DIW Berlin erarbeitet. Die SOEPpapers sind eine Plattform für eine frühzeitige zentrale und weltweit sichtbare Veröffentlichung von auf den SOEP-Daten basierenden Forschungsergebnissen.

Aufgrund des multidisziplinären Designs des SOEP erscheinen in dieser Reihe Arbeiten aus allen Sozialwissenschaften, hauptsächlich aber aus den Bereichen Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie und Behavioral Genetics, Surveymethodologie, Ökonomie, Ökonometrie und angewandte Statistik, Demografie, Politikwissenschaften, Gesundheitswissenschaften sowie Geografie.

Veröffentlichungen: SOEPpapers

Gert G. Wagner, Joachim R. Frick, Jürgen Schupp

The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Evolution, Scope and Enhancements

SOEPpapers No. 1

Joachim R. Frick, Jan Goebel, Markus M. Grabka

Assessing the distributional impact of “imputed rent” and “non-cash employee income” in micro-data: Case studies based on EU-SILC (2004) and SOEP (2002)

SOEPpapers No. 2

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Eva M. Sierminska

Representative wealth data for Germany from the German SOEP: The impact of methodological decisions around imputation and the choice of the aggregation unit

The definition and operationalization of wealth information in population surveys and the corresponding microdata requires a wide range of more or less normative assumptions. However, the decisions made in both the pre- and post-data-collection stage may interfere considerably with the substantive research question. Looking at wealth data from the German SOEP, this paper focuses on the impact of collecting information at the individual rather than household level, and on “imputation and editing” as a means of dealing with measurement error. First, we assess how the choice of unit of aggregation or unit of analysis affects wealth distribution and inequality analysis. Obviously, when measured in “per capita household” terms, wealth is less unequally distributed than at the individual level. This is the result of significant redistribution within households, and also provides evidence of a significant persisting gender wealth gap. Secondly, we find multiple imputation to be an effective means of coping with selective nonresponse. There is a significant impact of imputation on the share of wealth holders (increasing on average by 15 %) and also on aggregate wealth (plus 30 %). However, with respect to inequality, the results are ambiguous. Looking at the major outcome variable for the whole population – net worth – the Gini coefficient decreases, whereas a top-sensitive measure doubles. The non-random selectivity built into the missing process and the consideration of this selectivity in the imputation process clearly contribute to this finding. Obviously, the treatment of measurement errors after data collection, especially with respect to the imputation of missing values, affects cross-national comparability and thus may require some cross-national harmonization of the imputation strategies applied to the various national datasets.

SOEPpapers No. 3

Irene Becker

Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze

Ziel der vorliegenden Studie ist die Ermittlung von Größe und Struktur der Bevölkerung in Deutschland mit Einkommen unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Dieses Minimum ergibt sich aus den Vorschriften des SGB II bzw. SGB XII zur Bemessung des mit Alg II und Sozialgeld bzw. mit Hilfe zum Lebensunterhalt zu sichernden Bedarfs; es kennzeichnet damit eine Armutsgrenze „nach gesetzlicher Lesart“.

Zur Erfassung des Einkommenssegments unter der Alg II-Grenze wird ein Mikrosimulationsmodell entwickelt und mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 2004 gerechnet. Mit dem Simulationsmodell werden zunächst Bedarfsgemeinschaften innerhalb der Haushalte nach den Vorschriften des SGB II approximativ abgegrenzt, für die dann der Bedarf ermittelt und dem jeweiligen Einkommen gegenübergestellt wird. Zudem wird zumindest näherungsweise überprüft, inwieweit die Vermögensverhältnisse der einkommensarmen Haushalte einem Unterstützungsanspruch entgegen stehen. Übersteigt der errechne-

te Bedarf das zu berücksichtigende Einkommen und bleibt das Vermögen hinter den Freibeträgen zurück, gilt die Bedarfsgemeinschaft als potenziell anspruchsberechtigt.

Insgesamt erweisen sich etwa 10 Mio. Personen der SGB II-Zielgruppe (ohne Alte und Erwerbsunfähige) als bedürftig: Daraus ergibt sich eine Bedürftigkeitsquote von etwa 16 %, die freilich regional stark differiert: In den neuen Ländern liegt sie bei 23 %, in den alten Ländern bei lediglich 15 %. Zudem zeigt sich,

- dass nur etwa 7 % der Personen in Vollerwerbs-Bedarfsgemeinschaften bedürftig sind, diese Gruppe aber dennoch 3 Mio. Personen umfasst;
- dass zwei Drittel der Personen in Arbeitslosen-Bedarfsgemeinschaften anspruchsberechtigt sind, das sind knapp 3,3 Mio. Personen;
- und dass etwa 3,4 Mio. bzw. mehr als ein Fünftel der Kinder und Schüler(innen) bedürftig sind.

Aus einer Gegenüberstellung der Simulationsergebnisse mit Daten der Bundesagentur für Arbeit über die tatsächlichen Grundsicherungsempfänger(innen) ist schließlich zu folgern, dass die amtlichen Zahlen die Größe und Struktur des Niedrigeinkommensbereichs nur teilweise spiegeln und nicht als Indiz für ungerechtfertigte Leistungsanspruchnahme zu werten sind.

SOEPpapers No. 4

Conchita D'Ambrosio, Joachim R. Frick

Individual Well-Being in a Dynamic Perspective

This paper explores the determinants of individual well-being as measured by self-reported levels of satisfaction with income. Making full use of the panel data nature of the German Socio-Economic Panel, we provide empirical evidence for well-being depending on absolute and on relative levels of income in a dynamic framework. This finding holds after controlling for other influential factors in a multivariate setting. The main novelty of the paper is the consideration of dynamic aspects: individual's own history as well as the relative income performance with respect to the others living in the society under analysis do play a major role in the assessment of well-being.

SOEPpapers No. 5

Matthias Nübling, Hanfried H. Andersen, Axel Mühlbacher

Die SOEP-Version des SF 12 als Instrument gesundheitsökonomischer Analysen

SOEPpapers No. 6

Annalena Dunkelberg, C. Katharina Spiess

The Impact of Child and Maternal Health Indicators on Female Labor Force Participation After Childbirth – Evidence for Germany

This paper analyzes the influence of children's health and mothers' physical and mental wellbeing on female labor force participation after childbirth in Germany. Our analysis uses data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) study, which enables us to measure children's health based on the occurrence of severe health problems including mental and physical disabilities, hospitalizations, and preterm births. Since child health is measured at a very young age, we can rule out any of the reverse effects of maternal employment on child health identified in US studies. Within a two-year time period, we investigate the influence of these indicators on various aspects of female labor force participation after childbirth, including continuous labor force participation in the year of childbirth and the transition to employment in the year following childbirth. Since the majority of women in Germany do not go back to work within a year after childbirth, we also investigate their intention to return to work, and the preferred number of working hours. We find that the child's severe health problems have a significant negative effect on the mothers' labor force participation and a significant positive effect on her preferred number of working hours, but that hospitalizations or preterm births have no significant effect. For the mothers' own health, we find a significant negative effect of poor mental and physical wellbeing on female labor force participation within a year of childbirth. To our knowledge, this is the first empirical study of this kind on data outside the US.

SOEPpapers No. 7

Hendrik Jürges

Health insurance status and physician-induced demand for medical services in Germany: new evidence from combined district and individual level data

Germany is one of the few OECD countries with a two-tier system of statutory and primary private health insurance. Both types of insurance provide fee-for-service insurance, but chargeable fees for identical services are more than twice as large for privately insured patients than for statutorily insured patients. This price variation creates incentives to induce demand primarily among the privately insured. Using German SOEP 2002 data, I analyze the effects of insurance status and district (*Kreis*-) level physician density on the individual number of doctor visits. The paper has four main findings. First, I find no evidence that physician density is endogenous. Second, conditional on health, privately insured patients are less likely to contact a physician but more frequently visit a doctor following a first contact. Third, physician density has a significant positive effect on the decision to contact a physician and on the frequency of doctor visits of patients insured in the statutory health care system, whereas, fourth, physician density has no effect on privately insured patients' decisions to contact a physician but an even stronger positive effect on the frequency of doctor visits than the statutorily insured. These findings give indirect evidence for the hypothesis that physicians induce demand among privately insured patients but not among statutorily insured.

SOEPpapers No. 8

Klaus-Dirk Henke, Hanfried H. Andersen, Markus M. Grabka

Pauschalprämienmodelle zur Finanzierung des Gesundheitswesens

SOEPpapers No. 9

C. Katharina Spiess, Charlotte Büchner

Die Dauer vorschulischer Betreuungs- und Bildungserfahrungen – Ergebnisse auf der Basis von Paneldaten

Dieser Beitrag geht der Frage nach, welche Faktoren damit in Zusammenhang stehen, wie viele Jahre ein Kind vor Schuleintritt eine Betreuungs- und Bildungseinrichtung besucht und ob die Dauer des Besuchs von Kindertageseinrichtungen mit dem späteren Schultyp in Verbindung steht. Die empirische Analyse basiert auf einem für Deutschland repräsentativen Paneldatensatz. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) erlaubt eine durchgängige Beobachtung vorschulischer Betreuungssettings von 15 Geburtsjahrgängen und die Weiterverfolgung der schulischen Bildungskarrieren für den Großteil der untersuchten Kinder. Die empirischen Ergebnisse verdeutlichen, dass die Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung insbesondere mit dem Haushaltseinkommen sowie dem Bildungsstand und der Erwerbsbiographie der Mutter in Verbindung steht. Es zeigen sich Hinweise dafür, dass die Dauer des Besuchs mit darüber entscheidet, ob eine höher qualifizierende Schullaufbahn gewählt wird. Dies macht einmal mehr deutlich, dass die sozioökonomischen Unterschiede der Familien die Bildungschancen bereits in frühen Jahren festlegen.

SOEPpapers No. 10

Kathrin Göggel

Sinkende Bildungsrenditen durch Bildungsreformen? Evidenz aus Mikrozensus und SOEP

Die Bildungsreformen der sechziger Jahre sollten das Bildungsniveau der Westdeutschen anheben. Die Analyse der Daten des Mikrozensus weist darauf hin, dass die durch die Bildungsreformen intendierte Bildungsexpansion schon vor 1960 begonnen hat. Mit dem Conditional Mean Independence Ansatz werden Schätzungen von Bildungsrenditen mit dem SOEP nach Geschlecht und Geburtskohorten für die Jahre 1985, 1991, 1998 und 2004 durchgeführt. Die Bildungsrenditen der durch die Bildungsexpansion betroffenen Jahrgänge sind in den neunziger Jahren wie allgemein vermutet leicht gefallen. Sie haben sich bis 2004 jedoch wieder auf das Niveau von 1985 erhöht.

SOEPpapers No. 11

AbdelRahmen El Lahga, Nicolas Moreau

Would you marry me? The effects of marriage on German couples' allocation of time

We evaluate the effects of the transition from cohabitation to marriage on household domestic and market work hours using a sample of working couples. For this purpose we use the 21 first waves of the German Socio-Economic Panel (GSOEP). We adapt the estimator introduced by Semykina and Wooldridge (2005) to system GMM estimation to account for selection bias in the presence of endogenous regressors. Our results indicate that marriage increases women's specialization in home-based activities and that marriage decreases women's leisure. These effects are robust across specifications.

SOEPpapers No. 12

Michael Gebel, Friedhelm Pfeiffer

Educational Expansion and its Heterogeneous Returns for Wage Workers

The paper examines the evolution of returns to education in the West German labour market over the last two decades. During this period, graduates from the period of educational expansion in the sixties and seventies entered the labour market and an upgrading of the skill structure took place. In order to tackle the issues of endogeneity of schooling and its heterogeneous returns we apply two estimation methods: Wooldridge's (2004) approach that relies on conditional mean independence and Garen's (1984) control function approach that requires an exclusion restriction. For the population of workers from the GSOEP, we find that both approaches produce estimates of average returns to education that decrease until the late 1990s and increase significantly afterwards. In the observation period, the gender gap in returns to education seems to vanish. Furthermore, we find that the so called "baby boomer" cohort has the lowest average return to education in young ages. However, this effect disappears when they become older.

SOEPpapers No. 13

Johannes Gernandt, Friedhelm Pfeiffer

Rising Wage Inequality in Germany

Based on samples from the German Socio-Economic Panel (GSOEP) 1984 to 2004, this paper investigates the evolution of wages and wage inequality in Germany. Between 1984 and 1994 wages for prime age dependent male workers increased on average by 23 % and the wage distribution in West Germany was fairly stable. Between 1994 and 2004 average wages rose by about 8 % in West Germany and 28 % in East Germany. In this period wage inequality for prime age dependent males, measured by the ratio of the ninetieth to tenth percentile of the wage distribution, increased from 2.1 to 2.5 in West Germany and from 2.3 to 2.9 in East Germany. In West Germany rising wage inequality has occurred mainly in the lower part of the wage distribution, whereas in East Germany wage inequality predominantly rose in the upper part of the wage distribution. In West Germany the group of workers with low tenure experienced higher increases in wage inequality.

SOEPpapers No. 14

Claudia Geist

One Germany, Two Worlds of Housework? Examining Single and Partnered Women in the Decade after Unification

Despite much recent changes in gender relations, housework remains an area where women bear primary responsibility. This paper examines the role of policy and employment context on housework, not only for women who live with partners, but also for single women. I study German women's housework in the decade after unification, which allows me to simultaneously assess the impact of the ideological legacies of the FRG and the GDR, while also studying the role of different levels of labor market participation. I find that women with partners do more housework than singles, and that part-time employees do more housework than those working full-time. The results show no regional differences in singles' housework

performance. However, among women with partners, West German women do significantly more housework. The analyses reveal that differences in the housework levels of full-time and part-time workers can be explained by the differences in mechanisms for the two groups. Full-time workers reduce their housework in response to their paid labor involvement to a lesser extent than part-time workers, in particular in East Germany, where women's full-time employment has long been normative.

SOEPpapers No. 15

David Maddison, Katrin Rehdanz

Are Regional Differences in Utility Eliminated over Time? Evidence from Germany

Hedonic theory assumes that changes in land prices and wage rates eliminate the utility advantages of differing locations. Using happiness data from the German Socio-economic Panel this paper empirically tests whether regional utility differences exist and if so whether utility levels show any tendency to converge over time. Empirical analysis reveals substantial differences in utility over different regions of Germany. Analyzing a panel of data indicates that even if individual utility levels are at any one moment in disequilibrium they are rapidly converging over Germany for all types of individuals.

SOEPpapers No. 16

Stefan Liebig, Jürgen Schupp

Gerechtigkeitsprobleme im Wohlfahrtsstaat: Besteuerung, wohlfahrtsstaatliche Transfers und die Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens

Der Beitrag arbeitet den in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen kontrovers diskutierten Zielkonflikt zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit in modernen Wohlfahrtsstaaten heraus. Es wird dabei die Frage beantwortet, inwieweit dieses für die Makroebene der Gesellschaft durchaus bestehende Steuerungsproblem moderner Wohlfahrtsstaaten auch in der individuellen Wahrnehmung Gerechtigkeitsprobleme erzeugt. Anhand von Umfrageergebnissen einer theoriegeleiteten Zusatz-Erhebung der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) wird untersucht, wie Erwerbstätige ihr Einkommen unter dem Aspekt der Lohngerechtigkeit bewerten und welche Bedeutung dabei wohlfahrtsstaatliche Eingriffe haben. Ein zentrales Ergebnis der Analysen stellt der vergleichsweise hohe Anteil derjenigen dar, die ihr Erwerbseinkommen als gerecht wahrnehmen. Lediglich ein Viertel der Erwerbstätigen beurteilen in Deutschland ihr Einkommen als ungerecht. Genauso scheint der in der Literatur für die Makroebene der Gesellschaft konstatierte normative Zielkonflikt zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit auf der individuellen Ebene nicht wirklich zu bestehen, wie der Beitrag theoretisch unter Rückgriff auf neue multidisziplinäre Arbeiten diskutiert und auch empirisch zeigt. Ein nicht erwartetes Ergebnis der Analysen besteht darin, dass Transferzahlungen des Staates die individuellen Ungerechtigkeitsempfindungen im Hinblick auf das eigene Einkommen nicht kompensieren können; offen erkennbare Transferzahlungen werden möglicherweise als diskriminierend empfunden.

SOEPpapers No. 17

Die Volltextversionen der SOEPpapers liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html> oder <http://www.diw.de/deutsch/sop/soepub/soeppapers>).

The full text versions of the SOEPpapers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html> or <http://www.diw.de/soeppapers>).

Hinweis auf eine Veranstaltung

Wissenschaftlicher Roundtable des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung,
DIW Berlin

Wettbewerbspolitik und geistige Eigentumsrechte: Konfliktfelder und Chancen

14.05.2007, 10.00 bis 15.00 Uhr
Harnack-Haus der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin Dahlem
(www.harnackhaus-berlin.mpg.de)

Das DIW Berlin veranstaltet mit Unterstützung der Microsoft Deutschland GmbH einen wissenschaftlichen Roundtable zu aktuellen Fragen der europäischen Wettbewerbspolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei mögliche Konfliktfelder zwischen der Wettbewerbspolitik einerseits und dem Schutzanspruch für geistige Eigentumsrechte andererseits. Hierzu diskutieren Vertreter aus Wissenschaft, Wettbewerbspolitik und Praxis auf der Basis von jeweils zwei Impulsreferaten zu vier Themenschwerpunkten:

Themenschwerpunkt 1: *Better Regulation. Neue Regulierungsansätze der Europäischen Kommission zum Thema Missbrauch von Marktmacht (10:00 bis 11:00 Uhr)*

Beschreibung: Die Europäische Kommission denkt gegenwärtig über eine Neuinterpretation des Missbrauchsartikels (Art. 82 EG, Missbrauch von Marktmacht) nach. Der Konsumentennutzen rückt zunehmend in den Fokus der Entscheidung, wenn es um einen potenziellen Missbrauch von Marktmacht geht. Während die Kommission jedoch die Maximierung des Konsumentennutzens durch das Sicherstellen eines „funktionierenden Wettbewerbs“ anstrebt, gibt es alternative Theorien, die den größtmöglichen Konsumentennutzen auch in der Situation eines Unternehmens mit großer Marktmacht gewahrt sehen.

Impulsreferate: Prof. Federico Etro, Universität Mailand, Prof. Dennis C. Mueller Ph.D., Universität Wien

Themenschwerpunkt 2: *Wettbewerb oder Regulierung? Innovation und Konsumentennutzen auf Märkten für Standardsoftware (11:00 bis 12:00 Uhr)*

Beschreibung: Welche Konsequenzen hat die Position der Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission für die Regulierung einzelner Märkte? Der Software-Markt besitzt im Vergleich zu anderen Märkten spezifische Eigenschaften. Wie muss eine Regulierungspolitik aussehen, die darauf Rücksicht nimmt, und wie sieht die derzeitige Regulierungspolitik aus? Gibt es Parallelen in anderen Gütermärkten?

Impulsreferate: Dr. Antje Bärenß-Henke, Bundeskartellamt,
Prof. Konrad Stahl Ph.D., Universität Mannheim (angefragt)

Themenschwerpunkt 3: *Die Bedeutung von Eigentumsrechten für Innovationen (13:00 bis 14:00 Uhr)*

Beschreibung: Welche Bedeutung haben Eigentumsrechte für Innovationen? Entstehen diese eher aus dem Wettbewerb heraus, oder muss vielmehr gewährleistet sein, dass Investitionen in F & E auch den entsprechenden Ertrag erwirtschaften? Wie sieht dies auf Standard-Software-Märkten aus? Wie auf anderen Märkten?

Impulsreferate: Prof. Dr. Mathias Erlei, Technische Universität Clausthal,
Prof. Dr. Ansgar Ohly, Universität Bayreuth

Themenschwerpunkt 4: *Markt und Technik. Berichte aus der Praxis (14:00 bis 15:00 Uhr)*

Beschreibung: Informatiker berichten über die Möglichkeiten und tatsächlichen Grenzen für Regulierungsvorschriften im Software-Markt. Beteiligte beziehen Stellung zu den tatsächlichen Auswirkungen der Regulierungsentscheidungen gegenüber Microsoft.

Impulsreferate: Holger Dyroff, Vice President, SUSE LINUX Products GmbH (angefragt)
Michael Grözinger, National Technology Officer, Microsoft Deutschland GmbH

Kontakt: Stefan Kooths, DIW Berlin, E-Mail: skooths@diw.de

Workshop

Firmendaten:

Nützlich für die wissenschaftliche Politikberatung?

21. Mai 2007 von 10 bis 16 Uhr

Ort: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi),
Scharnhorststraße 34–37, 10115 Berlin, Raum A 2.029

Anmeldungen werden bis zum 14.05.2007 an Angelika Dierkes erbeten.
Tel. 030/8 97 89-3 26, Fax 030/8 97 89-104, E-Mail: adierkes@diw.de.

Programm:

- 10.00 *Begrüßung und Einführung*
MinDir Jürgen Meyer, Leiter der Abteilung Industrie und Technologie, BMWi
- 10.15 *Analysen mit Firmendaten als Basis für wissenschaftliche Politikberatung –
Das Beispiel der „Jobmotor Mittelstand“-These*
Prof. Dr. Joachim Wagner, Universität Lüneburg.
- 11.00 *Diskussion*
- 11.20 *Die Effizienz von Industrien in einzelwirtschaftlicher Perspektive –
Eine Auswertung von Unternehmensdaten aus der Kostenstrukturerhebung*
Prof. Dr. Michael Fritsch, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- 11.40 *Diskussion*
- 12.50 *Die Nutzung von Innovationsdaten für die Politikberatung*
Dipl. oec. Tobias Schmidt, M.A., ZEW Mannheim
- 13.10 *Diskussion*
- 13.20 *Mittagspause*
- 14.00 *Sind diversifizierende Unternehmen weniger erfolgreich?*
Prof. Dr. Andreas Stephan, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- 14.20 *Diskussion*
- 14.30 *Regionale Unterschiede im Diversifizierungsverhalten*
Dr. Martin Gornig, DIW Berlin
- 14.50 *Diskussion*
- 15.00 *Welche Rolle spielen Branche und Größe für die Produktdiversifizierung?*
Prof. Dr. Bernd Görzig, DIW Berlin
- 15.20 *Diskussion*
- 15.30 *Zusammenfassung*,
Dr. Holger Bonin, Leiter der Abteilung, Innovation, Industrie, Dienstleistung, DIW Berlin
- 15.40 Ende des Workshops

DIW Berlin Seminare/DIW Berlin Seminars

18. Mai

Prof. Dr. Guglielmo Maria Caporale, Brunel University, London

„A Comparison Between Tests for Changes in the Adjustment Coefficients in Cointegrated Systems“

Ort: DIW Berlin, Königin-Luise-Str. 5/Raum A4, 14195 Berlin

Zeit: 10.00 Uhr

Die DIW Berlin Seminare sind eine Veranstaltungsreihe des DIW Berlin, in der aktuelle Forschungsergebnisse von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland vorgetragen und diskutiert werden. Ziel ist die akademische Diskussion von aktuellen Trends und Ergebnissen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Die in unregelmäßiger Folge veranstalteten Seminare verstehen sich insbesondere auch als Plattform für internationale wissenschaftliche Kooperationen und Vernetzung

The DIW Seminars enable German and international academics to present and discuss current trends and results in economic research. The seminars are held at irregular intervals and serve as platform for international cooperation and academic networking, and as a forum for debate and discussion among researchers.

Kontakt: Renate Bogdanovic, E-Mail: rbogdanovic@diw.de

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.